Nr. 97. — 1857.

Kölnische Zeitung.

Dinstag, 7. April.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Kruse in Köln.
Beilagen: Jos. DuMont in Köln.
Drucker: M. DuMont-Schauberg, Breitestraße 76, 78.

Prän.-Preis: in Köln 2 Thlr., in Preußen 2½ Thlr., im übrigen Deutschland 2½ Thlr. jährlich.
Ins.-Gebühr: 2 Sgr. für die Petitzeile oder deren Raum.

Uebersicht.

Der rheinische Standpunct in Bezug auf die Grundsteuer-Ausgleichung in Preußen.
Deutschland. Berlin (Landständchen; Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm; die holstein-lauenburgische Angelegenheit) Stettin (Sundzoll). Breslau (Prinz Friedrich Wilhelm). Stuttgart. (die Königin Theodolinde; Liszt-Denkmal; Landtag). Aus Mitteldeutschland (dänische Verbal-Note). Leipzig (Preß-Verurtheilung). Wien (Montenegro; Garnison-Wechsel; Graf Paar). Schwalz. (Die wartier Conferenz.)
Italien. Rom (der Cardinal erzbischof von Köln; Eisenbahn; Schutz Karl von Preußen; päpstliches Decret in der Eisenbahn-Angelegenheit). Turin (Feldlager).
Frankreich. Paris (der neue Sultan von Zanzibar; ein sechster Kaiserliche Platz für Auswärtige; der gesetzgebende Körper vertagt sich; neue Anleihe der Stadt Paris; Eisenbahnen; Frankreich und England doch für Dänemark; der Papst; Frankreich vermittelt zwischen Turin und Wien; die Sommer-Reise des Kaisers; der Empfang des Großfürsten Konstantin; der Proceß gegen Perrotin; ein deutsches Theater).
Dänemark. Kopenhagen (Nichterscheinen der Deputirten von Holstein und Lauenburg).
Türkei. Konstantinopel (die Colonisations-Frage; Brand in Salonichi; Mißbräuche).
Die Berathung der Steuer-Vorlagen im Hause der Abgeordneten. (Rede des Abgeordneten v. Bodelschwingh.)
Vermischte, Locale, Handels- ꝛc. Nachrichten.

Der rheinische Standpunct in Bezug auf die Grundsteuer-Ausgleichung in Preußen.

† Köln, 6. April.

Das Interesse macht blind gegen Principien. Diese alte Erfahrung in Betreff der Schwächen des menschlichen Geistes finden wir kürzlich an einem Paar norddeutscher Blätter bestätigt, mit welchen wir sonst in volkswirthschaftlichen und financiellen Fragen vielfach zusammengehen. Es wurde in diesem Blatte (Köln. Ztg. Nr. 86) schon hervorgehoben, wie die berliner National-Zeitung unseren rheinischen Mitgeordneten, welche im Sinne einer Anbahnung der Grundsteuer-Ausgleichung für die Gebäudesteuer geßimmt haben, einen eigenen „rheinischen Standpunct" beilegt, vermöge dessen dieselben aus purem Ausgleichungs-Fanatismus und selbst ohne für die Rheinlande bemerkbare Erleichterung gewinnen zu wollen, eine Mehrbelastung der östlichen Provinzen erstreben. Die Neue Preußische Zeitung spricht selbdem ganz im gleichem Sinne aus.

„Wenngleich", schreibt die Ostsee-Zeitung, „die liberalen Parteien in den diesseitigen Provinzen sich mit den hemmenden Gedanken vertraut gemacht hatten, daß eine Ausgleichung den rheinischen Weinbauer erleichtern und dafür eine kaum merkbare Mehrbelastung den östlichen Provinzen bringen werde: mit dem Augenblicke, wo Herr Rechenberger sich Namens seiner Partei für die Gebäudesteuer erklärte, weil sie ein erster Schritt zur Lösung der Ausgleichungs-Frage sei, gingen ihnen die Augen über die Natur der rheinischen Steuerliebhaberei auf. Mit so harten Worten war es ihnen noch nicht gesagt, daß das „Bedürfniß" der Ausgleichung selbst ohne gleichzeitige Erleichterung der westlichen Provinzen, selbst ohne den Nachweis eines Bedürfnisses nach Vermehrung der Staats-Einnahme, eine umfangreiche Mehrbelastung der diesseitigen Provinzen fordern könne . . . Der städtische Grundbesitz, denn dieser war durch die Gebäudesteuer am wesentlichsten bedroht, ist mit Hülfe der Vertreter des platten Landes verschont geblieben. Wir dürfen nun auch mit Bestimmtheit erwarten, daß die städtische Bevölkerung der östlichen Provinzen den ländlichen Grundbesitz mit gleichem Maße messe, daß sie' aufhöre, den schmeichelnden Worten von der Herauziehung des ländlichen großen oder kleinen Grundbesitzes zu größerer Steuerlast ihr Ohr zu leihen."

Es mag sein, daß in Berlin und Stettin die Grundsteuer-Ausgleichung verhaßt ist; es sollte das aber doch nicht in solchem Maße das politische und financielle Urtheil verdunkeln!

Es sollte keiner Erwähnung bedürfen, daß eine Steuer-Ausgleichung, welche ein Mehr-Aufkommen bloß aus den östlichen Provinzen herbeiführt, eben damit ganz von selbst eine entsprechende Minderbelastung der westlichen zur Folge hat; mag diese Minderbelastung nun unmittelbar in der Gestalt effectiver anderweiter Steuer-Herabsetzungen oder nur in der Gestalt der Abwehr anderweiter allgemeiner Steuer-Erhöhungen zu Tage treten. Die 1,390,000 Thaler Mehr-Aufkommen aus den östlichen Provinzen, welche die Gebäudesteuer-Vorlage als Abschlagszahlung aus der Ausgleichung der auf den Gebäuden liegenden Grundsteuern berechnet, gerichen den westlichen Provinzen offenbar nicht bloß in dem Falle zur Erleichterung, wenn diese Summe ihnen an ihrem Grundsteuer-Contingente abgeschrieben wird, sondern eben so gut auch in dem Falle, wenn z. B. die Salzsteuer oder die Gewerbesteuer des ganzen Landes und also auch der westlichen Provinzen um ihren Betrag herabgesetzt oder doch minder gesteigert wird. Auf solche erleichternde Ausgleichung haben die westlichen Provinzen zugleich durch wiederholte Verheißungen und selbst durch Verfassung und Gesetz ein ganz unbestreitbares Recht, und die Vertreter derselben im Hause der Abgeordneten würden ihre erste Pflicht gegen ihre Constituenten versäumen, wenn sie für dieses Recht nicht unermüdlich mit allen gesetzlichen Waffen in die Schranken träten. Die betreffende Summe ist keine Kleinigkeit; wie der Abg. v. Eynern richtig bemerkte, beträgt dieselbe nach den Berechnungen der Regierung selber allein bei dem Theile der Grundsteuer, welcher auf den Gebäuden liegt, jährlich die Summe von 1,390,000 Thlrn., also auf die 26 Jahre, seitdem wir in den westlichen Provinzen eine Gebäudesteuer bezahlt haben — eigentlich müßte man sie auf mehrere Jahre zurückberechnen, denn das jetzige Mehr der Stadte brachte früher das Land mehr auf — schon 36,140,000 Thlr. „Humane Gedanken" der östlichen Liberalen an die Lage der rheinischen Weinbauern können vielleicht bei anderen Gelegenheiten den Rheinländern ganz erwünscht sein, bei dieser Gelegenheit handelt es sich nicht um Humanität, sondern all.... um die allerdings sehr ernsthafte Gerechtigkeit!

Indeß wenn es dem Rheinländer und dem Westfalen, dem provinzielle Eigenpolitik fein muß, für sein gutes „Recht" der Grundsteuer-Ausgleichung immer und auch bei aller Einsicht zu den Zeiten seine Stimme zu erheben, so ist es doch eben so sehr, unseres Erachtens, für jeden Preußen, der sich einiger Einsicht in die politischen und Finanz-Verhältnisse seines Vaterlandes erfreut, eine heilige patriotische Pflicht, für die größte Verhängnißung dieser schon viel zu lange hinausgeschobenen Maßregel alle seine Kräfte anzustrengen. Wenn so ehrenwerthe Organe, wie oben genannten in Berlin und Stettin, hiergegen ihre Augen verschließen können, so wissen wir nirgends einen Erklärungsgrund zu finden, als in dem ihnen unbewußten Einflusse eines überschätzten lokalen Particular-Interesses.

In den amtlichen Motiven zu der Gebäudesteuer-Vorlage bezeugt die Staats-Regierung, daß die gegenwärtige Lage der Grundsteuer-Gesetzgebung als ein wesentliches Gebrechen unseres Steuer-Systems anzuerkennen und die Beseitigung dieses Zustandes sowohl aus financiellen als aus politischen Gründen dringend zu wünschen" ist, und unsererseits begreifen wir nicht, wie irgend eine nur halbwegs competente Stimme hiergegen könnte Widerspruch oder auch nur Zweifel erheben wollen. Ein einziger Blick auf die Entwicklung der preußischen Steuer-Gesetzgebung und der Steuer-Ordnung von 1817 bis heute, vollends mit gleichzeitiger Rundschau auf einige der zur Oeffentlichkeit gelangten Communal-Steuerordnungen, müßte vollkommen zeigen, jeden Zweifel niederzuschlagen. Am einschlagendsten aber müßte jedes Widerstreben jedes Zweifels, sollten wir meinen, bei jetziger Finanz-Politikern erfolgen, welche, wie die der Rotheck-Ära und der Ostsee-Zeitung, nichts weniger als blinde Anbeter der indirecten Steuern sind und nicht im Mindesten zu denjenigen gehören, welche für die Zukunft eines goldenen Zeitalters der städtischen Octrois schwärmen.

Möchten dieselben sich die preußische Finanzlage doch einmal unbefangen ansehen!

Der Stand der Grundsteuer-Gesetzgebung trägt die größte Schuld an der seit 1848 hervorgetretenen ganz einseitigen Anspannung der Classen- und Einkommensteuer des Staates. Auch alle nothwendig gewordenen Zuschläge zu den directen Steuern mußten aus gleichem Grunde ausschließlich auf eine Classen- und Einkommensteuer gelegt werden, bei welcher ein Unterschied von fundirtem und unfundirtem Einkommen in keiner Art gemacht wird, und dies noch dazu in einer Zeit, in welcher das enorme Steigen der Lebensmittel (und eben mit dieser der Bodenrente) eine sehr wesentliche Mit-Ursache des gesteigerten Staatsbedarfs bildete. Es war aber Leider bei der gegenwärtigen Lage der Grundsteuer-Gesetzgebung eine andere Vertheilung oder auch nur die Ausgleichung durch entsprechend abweichende Umlegung der Communalsteuern unmöglich. Ja, die Communalsteuern der Kreise und Gemeinden konnten nur ebenfalls ganz in derselben einseitigen Weise, der Classen- und Einkommensteuer als Beischlage gelegt werden. Der Finanz-Minister, Herr v. Bodelschwingh, hat selbst nach im vorigen Jahre öffentlich erklärt, daß in einzelnen Gemeinden zur Bestreitung der Communalbedürfnisse Zuschläge von 200, 300, 400, ja, 500 Procent von der Classen- und Einkommensteuer erhoben werden, so daß hier mit Einschluß der nur 3 % betragenden Staatssteuer eine Abgabe von 9 bis 18 % — d. h. über ⅙ des Einkommens — zu zahlen ist. (Siehe Rede des Finanz-Ministers vom 12. März 1856, Stenograph. Bericht II. 682.) Der Finanz-Minister führt diese Thatsachen an, um die relative Unerheblichkeit eines Zuschlages von 25 % zu erweisen. Wir folgern daraus mit Herrn Kries vielmehr, daß es unstatthaft ist, Reformplane in Bezug auf die Staatssteuern zu machen, ohne dabei auf die Communalsteuern Rücksicht zu nehmen. Sehr richtig bemerkt Herr D. Kries: „Es ist eine sprüchwörtlich gewordene Wahrheit, daß ein schon bis zum Rande gefüllter Becher durch jeden ferneren Tropfen zum Ueberströmen gebracht werden kann. Die Entrichtung einer Abgabe von 10—18 % des Einkommens scheint uns in Friedenszeiten ein geradezu unleidlicher Zustand." Und wenn so die Staates Steuerquellen durch die Communen erschöpft werden, wohin soll sich dann der Staat wenden? Soll er die Communen auf Octrois anweisen und ihnen die directen Steuern verbieten? Oder soll er ihnen die Classensteuer ꝛc. ganz Preis geben und seinerseits heute die Salzsteuer erhöhen — und nächsteinigen Jahren abermals — und in solchem beständigen financiellen Erschöpfungs-Zustande allen kommenden Ereignissen, vielleicht dem Kriege, „entgegentreiben"?

Wenn wir für Preußen so dringend nach Steuerreform, nach gründlicher, in die Tiefe und Breite gehender Steuerreform und deßhalb einschließlich nach beschleunigter „Grundsteuer-Ausgleichung" verlangen, so bestimmt uns dabei keineswegs ausschließlich oder auch nur vorzugsweise ein Partei-Interesse der Rheinprovinz, sondern weit überwiegend allgemein preußische Gründe, und zwar um nichts mehr das Verlangen nach Erleichterung der Abgaben-Last der Gesellschaft, als das Verlangen nach Verstärkung der financiellen und folgeweise auch politischen Macht des preußischen Staates. Das ist wenigstens unser „rheinischer Standpunct", von dem wir unter keinen Umständen lassen werden!

Deutschland.

* Berlin, 5. April. Das Herrenhaus wird gleich nach den Ferien die Salzsteuer-Vorlage berathen, und es steht zu erwarten, daß dieselbe dort eine sehr lebhafte Opposition finden wird, nachdem gestern die Finanz-Commission die Ablehnung derselben empfohlen hat. Die geringe Majorität, welche die Vorlage in der Abgeordneten-Hause gefunden hat, und die Zusammensetzung dieser Majorität lockte dahin mit, bei den anderen Factoren der gesetzgebenden Gewalt Bedenken gegen die Annahme des Gesetzes hervorzurufen. Insonderheit aber erschien der Commission auch noch das vom anderen Hause angenommene Amendement Schier-Diethold bedenklich. Wenn einmal bleibt wird, der preußische Salzpreis so weit zu erhöhen, daß er die Salzpreise sämmtlicher Zollvereins-Staaten — und zwar zum Theil in sehr beträchtlichem Maße — übersteigt, so erheischt auch das financielle Interesse nicht weniger, als die Rücksicht auf die öffentliche Sittlichkeit, daß überall die nöthigen Einrichtungen hergestellt werden, um das Aufkommen des bewunderungswerthen Schmuggelgewerbes zu verhüten. Auch kommt die Rücksicht auf Hannover in Betracht, welches zur Zeit der Verhandlungen über den September-Vertrag gewisse Verpflichtungen übernahm unter Voraussicht einer von Seiten Preußens allmählich anzustrebenden größeren Annäherung der beiderseitigen Salzpreise und folgeweisen Verminderung der von Hannover übernommenen Controlstellen. Zur Sicherung gegen die von Hannover aus zu besürchtenden Salz-Einschwärzungen besteht nämlich nicht nur in dem ganzen an jenen Staat angränzenden preußischen Gränzbezirke die Salz-Verbrauchs-Controle, sondern es ist auch hannoverscherseits eine Reihe zum Theil sehr eingreifender Maßregeln zum Schutze des preußischen Salz-Monopols getroffen worden. Zu diesen Schutz-Maßregeln, zu welchen sich die hannoversche Regierung beim Beitritt Hannovers in den Zollverein vertragsmäßig verpflichtet hat, gehört unter anderen die, daß in den hannoverschen Gränz-Districten Salz nur von obrigkeitlich bestellten Salz-Factoren und Salz-Verkäufern, welche zu einer gehörigen Buchführung verpflichtet und nur auf Widerruf angestellt sind, eingeführt, resp. in denselben verkauft, und daß überhaupt höchstens 20 Pfund Salz für jeden Einwohner in diese Bezirke eingebracht werden dürfen. Eine in Preußen erfolgende Erhöhung der Salzpreise muß aber Hannovers Lasten umgekehrt erschweren und jedenfalls die von Hannover in Aussicht genommene Erleichterung unabsehbar hinausschieben. Das Amendement Schier-Diethold bezweckt, die Einführung der Salzverbrauchs-Controle überall da auszuschließen, wo die Differenz zwischen dem Preise des inländischen Salzes und dem Salzpreise des betreffenden Nachbarlandes weniger als 4 Thlr. 15 Sgr. für die Tonne beträgt. Der Distrikt, in welchem die Control-Maßregeln vor der Erniedrigung der Salzsteuer im Jahre 1842 bestanden haben, soll nach grop gewesen. Es sind im Jahre 1841 noch 83 Kreise unterworfen gewesen, und zwar 11 in Pommern, 5 in Brandenburg, 35 in Sachsen, 22 in Westfalen und 10 in der Rheinprovinz mit 2,796,400 Seelen. Auf diese Weise war ⅓ aller Einwohner Preußens diesem Zwange unterworfen, während man jetzt rechnen kann, daß die Controle nur noch auf ⅓ sich erstreckt. Es wird nun berechnet, daß bei einem Preise von 15 Thlrn. für 405 Pfd. wie den Salzpreis Hannovers dann um 10 Thlr. übersteigen werden, Braunschweig um 7 Thlr. 15 Sgr., Lippe-Detmold um 6 Thlr., Großherzogthum Hessen um 4 Thlr. 22 Sgr. 11 Pf., Kurhessen um 4 Thlr. 21 Sgr. 4 Pf., Nassau um 4 Thlr. 16 Sgr. 4 Pf., und die sächsischen Herzogthümer um 4 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf., sodann noch eine ganze Anzahl von Staaten, wo die Preis-Differenz von 3 Thlrn. 27 Sgr. 6 Pf. bis 1 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. herunterghet. Nun will das Amendement, daß die Gränzkreise von den neu einzuführenden Control-Maßregeln ausgeschlossen werden sollen, in denen der Preis-Unterschied weniger als 4 Thlr. 15 Sgr. beträgt. Es wird die Controle aufrecht erhalten gegen Hannover, Braunschweig, Lippe-Detmold, Großherzogthum Hessen, Kurhessen und Nassau. Aber wo sie dem Amendement zufolge nicht eingeführt werden soll, erscheint eine Preis-Differenz von 4 Thlrn. 15 Sgr. als eine ungemeine Prämie für eine Defraude, welche an den offenen, von Steuerbeamten nicht besetzten Stellen an den Zollvereins fast gar keine ernsten Gefahren bietet! Käme die Verschrift jenes Amendements zur Ausführung, so könnte dies keine andere Bedeutung haben, als daß gewissen Gränzbezirken — und die Wahlkreise der beiden Herren Antragsteller fallen in diese Kategorie — ein Privilegium, Schmuggel zu treiben, ertheilt würde. Daher steht zu erwarten, daß, wenn das Herrenhaus in seiner Majorität dem Beantragen seiner Commission auf Ablehnung der Vorlage nicht beistimmen sollte, es dann die Regierungs-Vorlage gegen das Schier-Diethold'sche Amendement herstellen werde.

Der Elberfelder Zig. wird aus Berlin geschrieben: „Die Vermählung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm ist, wie verlautet, noch bis zum nächsten Jahre aufgeschoben worden; man spricht vom 18. Januar als dem Tage, bis dahin würde dann auch der neue Aufbau an dem Palais des hochseligen Königs, welches zum Wohnsitze des Prinzen und seiner künftigen Gemahlin, der Prinzessin Victoria, ausersehen ist, vollständig beendigt sein."

⊥ Berlin, 5. April. Selbst in liberale Blätter hat die Annahme Eingang gefunden, daß Rußland und Frankreich mehr oder weniger nachdrücklich für Dänemark Partei genommen hätten. Darauf wird die Verzögerung zurückgeführt, welche die Vorlage beim deutschen Bunde nochmals erfahren hat. Aber abgesehen davon, daß die halboffizielle „Patrie" den deutschen Charakter der Frage noch so eben anerkannt und eine gesunde Politik sicherlich allen Grund hat, sie beim Worte zu nehmen, meldet man dem Kstr. v. u. f. D. vom Main unterm 2. April als vollkommen verbürgt, das petersburger Cabinet habe in seiner Antwort-Note auf die mehrerwähnte dänische Depesche der Regierung in Kopenhagen ein versöhnliches und nachgiebiges Verfahren gegenüber den Forderungen der deutschen Großmächte dringend empfohlen und die Competenz des deutschen Bundes zur Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage anerkannt. Die Note, sagt der Correspondenz hinzu, dürfte bald veröffentlicht werden. Die Ihnen am 31 März gemeldete Nachricht, daß die Zuversicht des dänischen Cabinets auf die Unterstützung des Auslandes zu wanken anfange, sieht jetzt, wie man sieht, schon weniger vereinzelt da. Von den drei Mächten, die man Dänemark als letzte Hilfe gewahrt haben soll, ist bisjetzten mindestens Eine verstichen. Ihre wiener Correspondenz analysirt eine österreichische Circular-Depesche an die deutschen Regierungen, welche ihrerseits das Gouvernementsinip der beiden deutschen Mächte in der Frage ankündigt. So darf man sich denn auf eine günstige Wendung in dieser vaterländischen Angelegenheit gefaßt machen. Sich Dänemark nicht nach, so wird sich die Vorlage in Frankfurt nicht mehr umgehen lassen, und da nach den oben erwähnten Angelegenheiten unberechtigte Einsprüche des Auslandes kaum zu erwarten sind, so wird dem Bundestage eine Wiederholung seines denkwürdigen Beschlusses vom 18. Sept. 1834, der Frankreichs und Englands Proteste vom 15. Juni und 1. Juli desselben Jahres gegen die Besetzung Frankfurts durch deutsche Truppen energisch zurückwies, hoffentlich diesmal erspart werden.

Stettin, 4. April. Nach der heute eingetroffenen Sundliste war das erste Schiff, welches ohne Zoll zu zahlen den Sund passirte, der preußische Schooner „Graf v. Schwerin", Kuth, aus Stolp, von Stettin nach England mit Weizen. Das letzte Schiff, welches den Sundzoll zahlte, war der englische Schrauben-Dampfer „Shamrock", Dunn, von Rostock nach Hull mit Weizen. (Ostsee-Ztg.)

Breslau, 4. April. Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist heute Morgens mit dem Tages-Personenzuge nach Malisch abgereist, um an einer Jagdpartie auf den Gütern des königlichen Amtsrathes von Rother auf Rogau und Kolz Theil zu nehmen. Wie wir hören, wird Se. K. Hoheit noch am heutigen Abend hierher zurückkehren und sich Mitte der nächsten Woche nach Berlin begeben, um während des Osterfestes daselbst zu verweilen. (Breslr. Ztg.)

†† Stuttgart, 5. April. Morgen Abends findet im Schlosse zu Ludwigsburg die Beisetzung der sterblichen Hülle der Gräfin Theodolinde von Würtemberg Statt. Sie war gestern auf dem Paradebette dem mit lebendiger Theilnahme sich herbeidrängenden Publicum sichtbar. Die edle Frau war unermüdlich im Wohlthun und, so streng sie ihrer Confession anhing, auch für Protestanten eine allgemeine Gönnerin gewesen. — Das Comité für ein Denkmal Friedrich List's in seiner Vaterstadt Reutlingen erläßt einen neuenen Aufruf zu Beiträgen an Verehrer des Mannes und Patrioten. — Die Abgeordneten-Kammer hat gestern mit 88 Hagen 2 Stimmen auf Antrag ihrer volkswirthschaftlichen Commission eine Bitte an die Regierung beschlossen, welche den Zweck hat, die Regierung zu veranlassen, daß sie für eine Eisenbahn von Heilbronn aus Nürnberg und für eine etwaige Verbindungs-Bahn von Heilbronn nach der projectirten badischen Odenwald-Bahn die erforderlichen technischen und diplomatischen Einleitungen treffe. Der Finanz-Minister äußerte sich heute etwas freigebiger gegen die zahlosen Eisenbahn-Wünsche und gab die Verhandlung, daß in der Kammer beim nächsten Zusammentreten verschiedene Vorlagen machen werde. Zwischen dem Minister v. Linden und mehreren Abgeordneten der Linken ist es vorgestern wieder einmal zu heftigen Scenen und Persönlichkeiten gekommen. Veranlassung gab die Beschwerde des Redacteurs des Beobachters wegen Mißbrauchs der Polizei-Gewalt zu Beschlagnahme der Wahl- und der Preßfreiheit. Dem Beobachter sechs mit Beschlag belegt worden. Der Minister verheidigte die Maßregeln unter spezeilen Eingehen auf die betreffenden Nummern des Blattes und ergriff die Gelegenheit, die bekannte Verordnung vom 7. Jan. v. J. zu vertheidigen, wobei er die Worte fallen ließ: die Regierung habe einen Versuch gestellt; wenn dieser Versuch des Repressiv-Systems keinen Erfolg haben würde, so würden die weiter erforderlichen Maßregeln im Interesse der freien Presse getroffen werden. Mit Beziehung hierauf entgegnete Pfeifer: das sei mit der Censur gedroht; Fürst und Land würden aber nicht mit der Censur ertrotzt; Fürst und Land würden aber nicht gewinnen, wenn die Regierung ganz und gar ins alte Fahrwasser wieder einlaufen würde.

△ Aus Mitteldeutschland, 6. April. Nachstehend theile ich Ihnen die dänische Verbalnote vom 9. März d. J. mit. Es versteht sich von selbst, daß sie von den deutschen Mächten unbestreitbarerd besunden ist und den weiteren Gang derselben nicht aufhalten kann.

Die königlich dänische Regierung glaubt nachgewiesen zu haben, daß sie in der ganzen Verfassungs-Angelegenheit verfassungsmäßig vorgegangen sei und sich gänzlich außer Stande befinde, das Verfassungsgesetz vom 22. Oktober 1855 nachträglich den Ständen zur Berathung vorzulegen. Dabei hat dieselbe zugleich die Bereitwilligkeit ausgesprochen, ferner verschärfende Maßregeln zu treffen. Nachdem jedoch die seiner angebotene bedeutende Concession rücksichtlich der bei dem etwaigen Verkaufe von Domanial-Eigenthum zu beobachtenden Form die gehoffte Würdigung noch nicht gefunden, konnten weitere Zugeständnisse der königlichen Gesandten am k. k. Hofe unterm 23. v. Mts. erlassenen Depesche nicht genannt werden, weil es nicht in der Macht der Regierung stehen würde, denselben die Bestimmung

Geographische Wanderungen.

Von Karl Andree.

(Forts. — S. Nr. 95 u. 96 b. Bl.)

Die Logik Englands hat eine starke Zuthat, welche bei manchen anderen Völkern weniger klar sich erkennen läßt: man nimmt nämlich an, daß jede Sache zwei Seiten habe, und ist entschlossen, jedem Theile Gerechtigkeit angedeihen zu lassen; man will ehrlich gegen Jedermann verfahren. Für das, was einer behauptet, darf er allemal auch seine Beweisgründe vorbringen. Die Engländer sind ruchlos im Zweifeln von Theorieen, aber vor einer Thatsache küssen sie den Staub. Es handelt sich um eine Maschine, um einen Proceß, um einen Boxer, um einen Candidaten auf den Hustings, — der Engländer wird allemal mit seinem Endurtheil zurückhalten, bis die Sachen und die Menschen gründlich geprüft worden sind, bis die Proben abgelegt oder Beweise beigebracht haben. Man kann sie nicht durch Phrasen lenken oder Worte, sie wollen und verlangen einen Plan der Arbeit, eine Maschine oder eine Verfassung, welche gehen; sie warten ruhig auf den praktischen Ausgang, ohne sich durch eine Theorie bestimmen zu lassen. In der Politik werden sie sehr herbe und plumpe Fragen auf, die beantwortet werden müssen. Wer soll die Steuern bezahlen? Welchen Einfluß hat Dies und Das auf den Verkehr? Wie wirkt es auf die Kornpreise, und welchen Nutzen hat der Spinner davon?

Das alles überrascht den Franzosen. Schon Philipp von Commines im fünfzehnten Jahrhundert sagt: „Meiner Meinung zufolge wird unter allen Staaten der Welt in England am meisten für die öffentliche Wohlfahrt gesorgt, und das Volk erleidet doch am wenigsten Druck." In England sind Leben und persönliche Rechte gesichert, und die Freiheit ohne jene Sicherheit? Montesquieu hob hervor, daß England das freieste Land in der Welt sei. Die Engländer sind hervorragende Leiter in der neueren Zeit geworden durch ihre Achtung vor sich selbst, dadurch, daß sie überall den Dingen auf den Grund gehen und den Ursachen Gerechtigkeit angedeihen lassen, sodann auch durch ihre realistische Logik, welche Mittel und Zweck in genaue Verbindung bringt. Sie legen alles Gewicht auf den schlichten, gesunden Menschenverstand, aber Theorieen gegenüber verhalten sie sich, wie schon gesagt, ruchlos, und in den höheren Regionen finden wir sie beschränkt und unfruchtbar. Aber ihre unbedingte Hingebung an die Thatsachen und die Art und Weise, wie sie die Mittel zur Erreichung des Zweckes wählen, sind so bewundernswürdig, wie bei den Bienen oder Ameisen.

Die starke Seite und der Hang der Nation besteht in einem leidenschaftlichen Trachten nach dem, was nützlich ist. Sie lieben Hebel, Schraube und Flaschenzug, sind stolze Zugpferde, Wasserfälle und Mühlräder, die See und den Wind. Ihr Spielzeug besteht in Dampf und Galvanismus. Zu den feineren Künsten sind sie wenig geschickt und aufgelegt, desto mehr zu den gröberen. Auf Juwelier- und Mosaikarbeit verstehen sie sich nicht gut, wohl aber auf den Betrieb von Eisenwerken und Kohlengruben, auf Wollekämmen und Ledergerberei. Sie graben den Acker, wässern ihn ab, setzen den Wellen der See Schranken, schaffen Sand weg, machen kalten Boden warm; sie schiffen und fischen, gewinnen und machen Salz und Zinn, Blei, Leder, Glas, Backsteine und Töpferwaare, und haben immer Erfolg, weil sie unablässig combiniren. Es ist schon dagewesen, daß ein Fabrikant sich zum Mittagessen in Kleidern setzte, deren Wolle am Morgen desselben Tages noch auf dem Schafe saß. Sie sind gute Haus- und Landwirthe und halten Alles wohl in Ordnung; sie vergeuden und verpulvern nichts, in ihren Häusern ist Alles bequem und ihre Kleidung wohlassortirt. Der Franzose erfand die Manschette, der Engländer legte das Hemde hinzu. Er trägt den Rock, von grobem, aber dauerhaftem Zeuge, bis an den Hals zugeknöpft; und ist der Mann ein Lord, so wird seine Kleidung nicht viel schlechter sein, als die eines Commoners. Sie sind Propagandisten für praktische Röcke und Schuhe, und legen überhaupt den meisten Werth auf das Wesentliche, wie beim Essen, so bei Künsten und Gewerben. An jedem Messer kann man abnehmen, daß der Arbeiter langer Jahrzehnte und manches Nachdenkens bedurfte, um es so herzustellen, wie es nun ist. Die Engländer verwenden Geld zur richtigen Stelle, so z. B. bei ihren Seedampfern und Maschinen; sie haben der ganzen Civilisation unserer Zeit ein praktisches Gepräge aufgedrückt. Im Handel und Wandel geht, der Meinung des Engländers zufolge, keiner zu Grunde, der nicht brechen muß; im Gegentheil, sagt er, nicht nichts aus einem Manne, dem das Geschäft nicht das Höchste ist. Nach dieser Maxime verkauft er auf die Lebet. Er hat einen systematischen Geist, achtet wohl auf die Einzelheiten, ordnet diese Details dort ein, wohin sie gehören und wo sie am Platze sind; er hütet sich aber wohl vor zu seinen Dütteleien, welche er den Deutschen zum Vorwurfe macht. Dadurch wird es ihm möglich, Alles rasch abzufertigen, und in diesem schnellen Athem der Geschäfte liegt zum Theil mit die commerzielle Obergewalt Englands.

Krieg und Blutvergießen liebt der Engländer nicht, er macht keine indianischen Tomahawk-Tänze, und die Liebe der Franzosen für Ordenszeichen und Proclamationen ist ihm völlig fremd. Er geht, am liebsten friedlich seinem Geschäfte nach, um seinen Arbeitslohn zu erwerben. Wer ihm aber seinen Arbeitslohn antastet, oder seine Kaufleute, oder überhaupt sein Recht, mit dem wird er fechten bis zum jüngsten Gericht. Magna Charta und Geschworenengericht sind völlig mit ihm verwachsen.

Also ein Stoff der Ordnung und Berechnung durchdringt bei ihnen Alles, aber sie sind dabei doch nicht unfähig, ihren Blick zu erweitern; und verursacht freilich große Mühe, die sie so weit trennen, und ungeheuren gerichtet es nur durch Mein, um die Schalter hinter das Rad zu legen und das